

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 10. November 1967

Nummer 45/46

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1968

Vor knapp einem Monat hat die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute der Öffentlichkeit ihre neueste Gemeinschaftsdiagnose vorgelegt¹. Da das DIW in einigen Bereichen von den Vorausschätzungen der übrigen beteiligten Institute abgewichen ist, sind schon in jener Publikation die eigenen Vorstellungen des „Berliner Instituts“ über die mögliche Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Aggregate im Jahre 1968 wiedergegeben worden. Trotz dieser Vorwegnahme setzt das Institut mit der vorliegenden Arbeit die nun schon Tradition gewordene Veröffentlichung der „Grundlinien“ fort: Nur in dieser geschlossenen Darstellung ist es ja möglich, auch auf Einzelheiten einzugehen, die für das Verstehen der Institutsprognose wesentlich sind, die aber in der Gemeinschaftsdiagnose kaum Platz finden konnten.

Der vor einem Jahr an dieser Stelle prognostizierte Abschwächungsprozeß der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat ein weitaus bedeutenderes Ausmaß angenommen als damals befürchtet wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das staatliche „Maßhalten“ viel länger beibehalten worden ist und auch die Restriktionspolitik der Bundesbank zögernder aufgegeben wurde, als es in der vorjährigen Prognose gefordert worden war. Für das Jahr 1967 wird sich daher statt eines Zuwachses des realen Sozialprodukts von über 3,5 vH, wie er damals unter der Bedingung frühzeitiger expansiver Maßnahmen vorausgeschätzt wurde, eine Schrumpfung von 1 vH ergeben — und dies trotz der Wirkungen, die in diesem Jahre von den zusätzlichen Investitionshaushalten des Staates ausgegangen sind. Überschätzt wurde vor einem Jahr vornehmlich die Bereitschaft sowohl der privaten Wirtschaft als auch der öffentlichen Stellen — vor allem der Länder und Gemeinden — in Anlagen zu investieren. Die vom Lagerzyklus ausgehenden kontraktiven Kräfte, zum Teil wohl Folgeerscheinung der gebrochenen Investitionsneigung, wurden überhaupt nicht antizipiert. Die direkten und indirekten Wirkungen dieser Entwicklung haben zu dem erheblichen Beschäftigungsrückgang von fast einer Million Arbeitskräften geführt, als dessen Folge der private Verbrauch in den Sog der Rezession hineingezogen worden ist; der reale Rückgang auch

dieser Nachfragekomponente hat den gesamtwirtschaftlichen Rückschlag noch verschärft.

Die weitere Expansion des öffentlichen Verbrauchs und vor allem die kräftige Zunahme der Ausfuhr haben als Gegengewicht in diesem Prozeß der sich selbst verstärkenden Kontraktion gewirkt. Beide Kräfte allein hätten indessen nicht ausgereicht, die sich kumulierende Schrumpfung zum Stillstand zu bringen. Dies gelang erst, als die Bundesregierung ihren Entschluß zu aktiver Konjunkturpolitik verkündet und die Bundesbank sich zur Unterstützung einer derartigen Politik bereit erklärt hatte. Mit Hilfe der Aufträge aus dem ersten Investitionshaushalt ist es schließlich gelungen, den Produktionsrückgang in einigen der wichtigsten Industriezweige zu stoppen. Die Zuversicht der Wirtschaft verbesserte sich und wurde durch die Ankündigung des zweiten staatlichen Konjunkturprogramms verstärkt.

Mit diesem zweiten Konjunkturprogramm sind zugleich die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bis weit in das Jahr 1968 hinein gestellt. In der Prognose wird davon ausgegangen, daß diese Maßnahmen ohne Verzögerungen und ohne weitere Einsparungen an anderer Stelle durchgeführt werden.

¹⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 41/42 vom 13. 10. 1967.

Mit größerer Sicherheit sind Vorausschätzungen auch für einige andere Aggregate der Gesamtnachfrage möglich: Insbesondere kann wiederum mit einem überdurchschnittlichen Wachstum der Ausfuhr gerechnet werden. Der öffentliche Verbrauch wird 1968 weiter zunehmen; sein Wachstum hängt allerdings wesentlich von der Tarifpolitik im öffentlichen Dienst ab. Der private Verbrauch wird sich in der ersten Hälfte des nächsten Jahres noch weitgehend unabhängig vom Tempo eines neuen Wirtschaftsaufschwungs entwickeln. Erst im zweiten Halbjahr ist für den Fall anhaltender Expansion und dadurch gestärkter Verhandlungsposition der Gewerkschaften mit Lohnsteigerungen zu rechnen, die zu einer günstigeren Entwicklung des privaten Verbrauchs führen werden.

Innerhalb des Investitionsbereichs wird in der Prognose von einer erheblichen Steigerung der öffentlichen Anlageinvestitionen (um etwa 18 vH) ausgegangen. Auch bei den privaten Investitionen kann für 1968 aufgrund des unverkennbaren Stimmungsumschwungs eine leichte Zunahme unterstellt werden. Die bisher verfügbaren Indikatoren — vor allem die nach wie vor äußerst geringe Auslastung der gewerblichen Kapazitäten — setzen jedoch jedem Optimismus in dieser Hinsicht enge Grenzen.

Im ganzen wird damit die Prognose einer wirtschaftlichen Wiederbelebung vorgelegt, die sich in allen Nachfragebereichen mehr oder weniger ausgeprägt wiederfindet. Ein neuer „Boom“ wird in dessen für 1968 nicht erwartet. Vielmehr bleibt die Sorge um eine befriedigende Entwicklung der Wirtschaft; denn noch fehlt die Gewißheit, daß die

beginnende Wiederbelebung wirklich in einen gesicherten und sich selbst tragenden Aufschwung mündet.

Außenwirtschaft

Das Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern ist im Jahresdurchschnitt 1967 mit real rund 3 vH und nominal knapp 6 vH zu veranschlagen. Der gesamtwirtschaftliche Fortschritt hat sich damit gegenüber 1966 erheblich verringert. Indessen konzentrierte sich die Konjunkturabschwächung überwiegend auf die erste Hälfte dieses Jahres. Der Einsatz von antizyklischen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in mehreren europäischen Ländern und der erneute Aufschwung in den Vereinigten Staaten lassen eine Wiederbelebung der Weltkonjunktur erwarten. Für das kommende Jahr wird daher mit einem verstärkten Wachstum für die Industrieländer insgesamt gerechnet; ihr Sozialprodukt dürfte 1968 real um 4 vH und nominal um 7 vH zunehmen. Eine nicht geringe Rolle spielen dabei auch die erwartete konjunkturelle Stabilisierung in der Bundesrepublik und die damit verbesserten Exporterwartungen insbesondere derjenigen europäischen Länder, die, mit der Bundesrepublik wirtschaftlich eng verflochten, vom Rückgang der westdeutschen Einfuhren und dem Exportdruck der deutschen Wirtschaft besonders getroffen worden sind.

Der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik hat sich 1967 im Gefolge der binnenwirtschaftlichen Rezession ungewöhnlich stark erhöht; der Außenbeitrag (Warenhandel und Dienstleistungsverkehr im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) ist mit rund 16 Mrd. DM doppelt so hoch zu

Zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Industrieländer

Länder	Gewicht 1965		Zuwachsraten ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH							
	Sozial- produkte	Ausfuhr der BRD	1965		1966		1967 ²⁾		1968 ²⁾	
			real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal
Bundesrepublik Deutschland	8,8	—	4,8	8,7	2,6	6,3	—1,0	—0,5	3,0	5,0
Frankreich	7,4	15,2	4,2	6,8	4,9	7,7	3,5	6,5	4,5	7,5
Italien	4,4	8,8	3,5	7,6	5,5	7,9	5,5	8,0	5,0	8,0
Niederlande	1,5	14,4	5,4	11,0	3,0	9,0	3,0	6,0	3,5	6,5
Belgien	1,3	10,8	3,5	8,7	2,7	7,0	2,5	5,5	3,0	6,0
EWG-Mitgliedsländer	23,4	49,2	4,3	8,0	3,9	7,3	2,1	4,1	3,9	6,5
Großbritannien	7,7	5,5	2,2	7,2	1,6	5,8	1,0	3,0	1,5	4,0
Schweden	1,6	7,3	3,5	10,0	2,6	8,3	3,0	7,5	3,5	8,5
Schweiz	1,1	9,1	4,3	8,0	2,8	7,5	1,5	5,5	2,5	6,5
Dänemark	0,9	4,6	4,4	12,2	2,4	10,3	3,0	7,0	3,0	7,0
Österreich	0,7	7,4	2,4	8,5	4,3	7,8	2,5	6,0	3,0	7,0
Norwegen	0,6	2,7	5,3	10,5	4,5	8,2	5,0	9,0	4,5	9,0
EFTA-Mitgliedsländer	12,6	36,6	2,9	8,2	2,2	6,8	1,7	4,5	2,2	5,4
Europäische Industrieländer	36,0	85,8	3,8	8,1	3,3	7,1	2,0	4,2	3,3	6,1
USA	53,6	11,2	6,1	8,1	5,8	8,7	3,0	5,5	4,0	7,0
Kanada	3,8	1,5	6,9	9,9	5,9	10,9	3,5	7,0	4,0	7,5
Japan	6,6	1,5	4,0	10,1	9,7	14,8	10,0	15,0	9,0	14,0
Außereuropäische Industrieländer . . .	64,0	14,2	5,9	8,4	6,2	9,5	3,8	6,6	4,5	7,8
Insgesamt	100,0	—	5,2	8,3	5,2	8,6	3,1	5,7	4,1	7,2
Insgesamt (ohne BRD)	91,2	—	5,2	8,3	5,4	8,8	3,5	6,3	4,2	7,4
Insgesamt	—	100,0	4,2	8,8	3,9	8,2	3,1	6,3	3,6	7,0

¹⁾ Gewichtung auf Dollarbasis zum geltenden Wechselkurs. — ²⁾ Schätzungen für die einzelnen Länder auf 0,5 vH gerundet.

Quellen: EWG, Allg. Stat. Bulletin, volkswirtsch. Gesamtrechnung; OECD, Main Economic Indicators; Nationalstatistiken sowie offizielle und eigene Schätzungen.

veranschlagen wie 1966. Die anhaltende Zunahme der Ausfuhr führte zu einer kräftigen Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Exportquote und verhinderte ein noch stärkeres Sinken der Inlandsproduktion. Die Aktivierung im Handelsverkehr mit dem Ausland war indes hauptsächlich der Einschränkung der Einfuhren zuzuschreiben. In der ersten Jahreshälfte hat der Import seinen Vorjahreswert stark unterschritten, doch war er auch in der jüngsten Zeit noch leicht rückläufig. In der Ausfuhrentwicklung spiegelten sich die konjunkturelle Expansion im Ausland und die Exportanstrengungen der deutschen Unternehmer; diesem Bemühen kam entgegen, daß die Stückkosten zurückgingen. Besonders kräftig hat die Ausfuhr nach Italien und Japan, wo die rasche Nachfrageexpansion in diesem Jahr unvermindert angehalten hat, und nach den Ostblockländern zugenommen. In den letzten Monaten hat sich die Ausfuhr konjunkturell insgesamt jedoch nur noch wenig erhöht.

Ein Gegengewicht zu den hohen Nettoexporten im Warenverkehr brachten in der Zahlungsbilanz die verstärkten deutschen Kapitalexporte — sowohl vermehrte kurzfristige Anlagen der Kreditinstitute als auch Schuldentrückzahlungen und Kreditgewährung inländischer Wirtschaftsunternehmen an das Ausland. Diese Kapitaltransaktionen haben bewirkt, daß bislang die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank nur leicht gestiegen sind; sie lagen im September um rund 1 Mrd. DM über dem Stand, den sie um die Jahreswende 1966/67 (Dreimonatsdurchschnitt November bis Januar) erreicht hatten. Auch im kommenden Jahr wird es voraussichtlich gelingen, den Devisenzustrom aus dem Warenverkehr mit dem Ausland durch Geld- und Kapitalexporte in hohem Maße zu kompensieren.

Bei der voraussichtlichen konjunkturellen Entwicklung im In- und Ausland wird es im nächsten Jahr kaum zu einem Abbau der hohen Exportüberschüsse kommen. Zwar wird die Einfuhr von gewerblichen Erzeugnissen mit der Wiederbelebung der Inlandskonjunktur — akzentuiert durch Lageraufbau — zunehmen; wegen der nach wie vor großen inländischen Kapazitätsreserven wird sich dieser Anstieg insgesamt jedoch in Grenzen halten. Hinzu kommt, daß sich die überdurchschnittlich guten Inlandsernten dieses Jahres sowie das reichliche Inlandsangebot von tierischen Erzeugnissen auch auf die ernährungswirtschaftliche Einfuhr des kommenden Jahres dämpfend auswirken werden.

Das Wachstum der deutschen Ausfuhr wird sich im Zuge der konjunkturellen Belebung im Ausland voraussichtlich wieder verstärken. Die Auslandsaufträge bei der deutschen Industrie zeigen nach der Abschwächung in den ersten Monaten dieses Jahres wieder eine kräftige Aufwärtsentwicklung — besonders ausgeprägt bei den Investitionsgüterindustrien, hier vor allem beim Maschinenbau, und bei den Verbrauchsgüterindustrien. Allerdings ist kaum damit zu rechnen, daß die Ausfuhrlieferungen im kommenden Jahr wieder so stark zunehmen

werden wie in der Zeit von 1965 bis in die erste Hälfte dieses Jahres hinein. Der in den übrigen Industrieländern erwartete Produktionszuwachs von durchschnittlich 4 vH — nach der konjunkturellen Abschwächung in diesem Jahr — wird kaum einen verstärkten Rückgriff auf das Auslandsangebot mit sich bringen, da bei nicht voll ausgelasteten Kapazitäten damit zu rechnen ist, daß das heimische Angebot in den meisten Ländern elastisch auf die wachsende Nachfrage reagieren wird. Auch bleibt die Expansion in wichtigen deutschen Absatzländern, wie den Beneluxländern, Großbritannien und einigen anderen EFTA-Ländern, hinter der durchschnittlichen Fortschrittsrate von 4 vH zum Teil sogar beträchtlich zurück. Die Entwicklungsländer, deren Ausfuhr 1967 sehr unter der Abschwächung in den Industrieländern gelitten hat, werden Schwierigkeiten haben, ihre Einfuhren nachhaltig zu steigern, da noch nicht mit einem raschen Wachstum der Rohstoffbezüge der Industrieländer zu rechnen und ihnen ein Rückgriff auf Währungsreserven nur begrenzt möglich ist.

Die Spanne im Entwicklungstempo von Aus- und Einfuhr wird somit zwar verschwinden; dennoch werden weiterhin hohe deutsche Exportüberschüsse anfallen. Selbst bei wieder steigenden Defiziten im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland und erhöhten deutschen Zahlungsverpflichtungen für „unentgeltliche Leistungen“ ist nicht damit zu rechnen, daß der Überschuß der Bundesrepublik in der Gesamtbilanz der laufenden Posten, der 1967 auf rund 12 Mrd. DM (1966: 1 Mrd. DM) geschätzt wird (Gesamtrechnungskonzept), im kommenden Jahr abgebaut wird.

Zur monetären Situation

Offensichtlich hat sich in jüngster Zeit ein grundlegender Wandel in der kreditpolitischen Haltung der Notenbank vollzogen: Sie scheint entschlossen zu sein, die kursstützenden Offenmarktoperationen am Anleihemarkt solange fortzusetzen, wie es aus kredit- und konjunkturpolitischen Gründen geboten ist. Außerdem beabsichtigt die Notenbank, in künftigen Boomsituationen nicht mehr so drastisch wie bisher zu restringieren, da die Regierung aufgrund des Stabilitätsgesetzes zu einer wesentlich stärkeren konjunkturpolitischen Aktivität verpflichtet ist.

Der „neue kreditpolitische Kurs“ wird — sollte er konsequent durchgehalten werden — sicher erheblich dazu beitragen, die Spannungen auf dem Kapitalmarkt zu mildern, da die Anleger auf dem Rentenmarkt dann kaum noch befürchten müssen, daß sich Kurseinbrüche im bisherigen Ausmaß wiederholen werden. Mit einer Stabilisierung der Effektivverzinsung festverzinslicher Papiere — allerdings auf dem hohen Niveau von 7 % — wird für die nächste Zeit um so eher gerechnet werden können, als die Bundesbank vorerst kaum einen konjunkturpolitischen Anlaß haben wird, die kreditpolitischen Zügel wieder anzuziehen.

Entwicklung der erfaßbaren Bankenliquidität¹⁾, in Mrd. DM
Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

	1965	1966	1967 ²⁾	1968 ³⁾
Liquiditätserhöhende (+) bzw. -vermindernde (−) Vorgänge				
Zunahme (−) der Zentralbankguthaben der Banken ²⁾	−1,2	−1,4	+4	−1
zum Vergleich: Zunahme (−) des Reserve-Solls aufgrund: Einlagenzunahme	−1,6	−1,4	−2	−1,5
Reservesatzänderung ³⁾	+0,7	+0,1	+6	+0,5
Bargeldzunahme (−) b. Nichtbanken	−1,8	−1,2	±0	−0,5
Staatliche Transaktionen	+1,8	+2,3	+4	+3 bis 4
Offenmarktoperationen ⁴⁾	—	—	+1	+0,5
Sonstige Vorgänge	+0,2	−0,7	.	.
Zusammen	−1,0	−1,0	+9	+2 bis 3
Devisenzufluß ⁵⁾	−1,3	+0,9	+4	+2 bis 3
Änderung der Bankenliquidität ¹⁾	−2,3	−0,1	+13	+4 bis 6
Bestand an erfaßbarer Bankenliquidität ¹⁾ ,				
Dreimonatsdurchschnitt ⁶⁾	+2,3	+3,5	+16	+20 b. 22

¹⁾ Von den Kreditinstituten (ohne Bundesbank) gehaltene inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Guthaben bei ausländischen Banken und ausländische Geldmarktpapiere minus Refinanzierung bei der Bundesbank. — ²⁾ Einschließlich Bargeld. — ³⁾ Einschließlich geldmarkttechnisch bedingter Reservesatzermäßigung im Dezember 1965 und 1966. — ⁴⁾ Kauf von öffentlichen Anleihen durch die Bundesbank auf deren eigene Rechnung. — ⁵⁾ Zunahme (+) der Währungsreserven der Bundesbank sowie der Auslandsanlagen (Anmerk. 1) der übrigen Kreditinstitute. — ⁶⁾ Stand am Ende der Monate November und Dezember sowie Januar des folgenden Jahres. — ⁷⁾ Einschließlich notenbank- und geldmarktfinanzierter Sonderzahlungen an das Ausland von 1,8 Mrd. DM. — ⁸⁾ Vorausschätzung.

Wahrscheinlich wird sie zunächst sogar genötigt sein, ihre expansive Mindestreserve- und Offenmarktpolitik fortzusetzen und weiterhin die Finanzierung eines Teiles der öffentlichen Defizite mit kürzerfristigen Geldern zu unterstützen. Hierfür spricht vor allem die Befürchtung, daß sich im Ausland in nächster Zeit Zinssteigerungstendenzen durchsetzen können, die die deutschen Kreditmärkte in Mitleidenschaft ziehen würden.

Allerdings kann als sicher gelten, daß die Liquiditätsexpansiven Maßnahmen im kommenden Jahr sehr viel schwächer sein werden als 1967. Die obenstehende Liquiditätsrechnung basiert auf der Annahme, daß in den ersten Monaten des nächsten Jahres noch eine leichte Mindestreserveverminderung erforderlich werden könnte; diese Entlastung der Bankenliquidität dürfte jedoch geringer sein als die Belastung aufgrund der Zunahme der mindestreservepflichtigen Einlagen. Ferner ist zu erwarten, daß die öffentlichen Haushalte zwar den Kapitalmarkt weiterhin schonen wollen, aber auch daran interessiert sein werden, ihre kurzfristige Verschuldung in Grenzen zu halten; die Liquiditätsexpansiven Transaktionen des Staates werden 1968 vermutlich nicht wesentlich anders sein als 1967. Schließlich ist unterstellt worden, daß die Offenmarktkäufe der Bundesbank am Anleihemarkt 1968 nicht den Umfang des Vorjahres haben werden. Berücksichtigt man, daß der Bargeldumlauf im Einklang mit den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder etwas zunehmen wird, so kann mit einem Liquiditätszufluß aus inländischen

Quellen in der Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. DM gerechnet werden.

Die Zahlungsbilanz wird 1968 nach wie vor im Zeichen hoher Ausfuhrüberschüsse stehen. Andererseits wird aber — besonders im Falle steigender Zinssätze im Ausland — die Tendenz zu wachsenden Netto-Kapitalexporten anhalten: Die Wirtschaft wird verstärkt ihre hohen Auslandsverbindlichkeiten abbauen sowie Kredite an das Ausland gewähren und dafür um so mehr auf den relativ billigen inländischen Bankkredit zurückgreifen. Unter diesen Umständen wird der Liquiditätswirksame Devisenzufluß 1968 schwächer sein als im Vorjahr.

Im nächsten Jahr werden die Kreditinstitute aus in- und ausländischen Quellen voraussichtlich 4 bis 6 Mrd. DM liquide Mittel erhalten. Ihre Liquiditätsreserven, die schon heute einen Rekordstand erreicht haben, werden also weiterhin wachsen, und die bei vielen Kreditinstituten, insbesondere den Kreditbanken, ohnehin unausgenutzten „Kapazitäten“ für Kapitalmarktanlagen werden wiederum deutlich zunehmen. Vieles spricht dafür, daß die Banken ihre Kapazitäten künftig mehr als bisher beanspruchen werden: Da die Bundesbank beabsichtigt, die Kursrisiken auf dem Rentenmarkt zu verringern, wird auch das „Risikoelement“ im Kapitalzins kleiner werden. Selbst wenn unter dem Einfluß steigender Auslandszinsen die deutschen Geldmarktzinsen etwas anziehen sollten, dürfte die Spanne zwischen den Kapitalzinsen und den niedrigeren Geldmarktzinsen ausreichen, die Banken zu stärkeren Wertpapierkäufen anzuregen.

Auch die übrigen Anleger werden voraussichtlich ihre Zurückhaltung gegenüber dem Rentenmarkt allmählich aufgeben. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß 1968 die öffentlichen Haushalte und die private Wirtschaft ihren Bedarf an Kapitalmarktmitteln zu einigermaßen stabilen Konditionen decken können.

Sozialprodukt

Die für 1968 zu erwartenden expansiven Kräfte werden nicht stark genug sein, einen „angemessenen“ realen Zuwachs des Sozialprodukts zu bewirken: Im Jahresdurchschnitt wird er sich auf lediglich 3 vH belaufen. Auch dieser Produktionszuwachs kann nur unter der Annahme einer zügigen und vollständigen Durchführung des zweiten Investitionsprogramms prognostiziert werden. Die Mehrnachfrage des Staates ist neben der weiter zunehmenden Ausfuhr die wichtigste Expansivkraft, zumindest in der ersten Jahreshälfte. Erst im Falle ihrer vollen Entfaltung sind Impulse für den privaten Investitionsbereich zu erhoffen, die stark genug wären, den eingeleiteten Aufschwung zu verstetigen.

Die Sicherung des Aufschwungs wird jedenfalls 1968 schwieriger sein, als sie es nach früheren Perioden der Abschwächung in der Bundesrepublik gewesen ist. Damals traf eine autonome partielle

Nachfragesteigerung (z. B. Export, Bauwirtschaft) stets mit einer noch intakt gebliebenen Endnachfrage im Verbrauchsbereich zusammen. Eine derartig stabile Ausgangsbasis fehlt diesmal: Der private Verbrauch nimmt gegenwärtig — d. h. im zweiten Halbjahr 1967 — nominal nicht mehr zu, real unterschreitet er erstmals seit der Währungsreform sein Vorjahrsniveau (um 1,5 vH). Die entscheidenden Komponenten für die weitere Entwicklung in diesem Bereich sind verhältnismäßig zuverlässig zu quantifizieren. Sie lassen eine ins Gewicht fallende Erhöhung des gegenwärtig erreichten Verbrauchsniveaus nicht erwarten; real muß sogar mit einem nochmaligen Rückgang gerechnet werden. Der schwache Anstieg des nominalen Verbrauchs gründet sich vor allem auf die weitere Zunahme der Einkommensübertragungen, obwohl deren Expansionstempo 1968 (5 vH) wegen Änderungen im Beitrags- und Leistungsrecht der Sozialversicherungen wesentlich geringer sein wird als 1967 (9 vH). — Die Nettolohn- und -gehaltssumme, wichtigste Komponente der privat verfügbaren Einkommen, wird bis weit in das neue Jahr hinein stagnieren. Für das ganze Jahr ist hier mit einer Zunahme von 1 vH zu rechnen. Der kräftige Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird sich vermutlich auch in einem stärkeren Anstieg der entnommenen Gewinne niederschlagen. Es muß jedoch angenommen werden, daß diese Entnahmen zu einem erheblichen Teil der Geldvermögensbildung und nicht dem Verbrauch zugeführt werden: Bei nach wie vor schwacher privater Investitionsneigung werden Unternehmensgewinne, die nicht sofort zur Finanzierung von Sachvermögenswerten benötigt werden, vorübergehend als Geldanlage im „Haushaltsbereich“ erscheinen.

Für die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs hat die mittelfristige Finanzplanung gewisse Leit-

linien gesetzt. Sie gelten zwar unmittelbar nur für den Bund; die Länder und Gemeinden werden jedoch kaum über diese — eng gezogene — Entwicklungslinie hinausgehen. Eine Zunahme des Staatsverbrauchs für zivile Zwecke um annähernd 6 vH, wie sie in der Prognose angenommen wurde, setzt tarifliche Einkommenserhöhungen für alle öffentlich Bediensteten voraus. Die Vorausschätzung dieses Aggregats stellt angesichts der geringen Neigung der öffentlichen Arbeitgeber zu derartigen Zugeständnissen eine Obergrenze des zu Erwartenden dar. Im Sektor des militärischen Verbrauchs kann aufgrund der Ansätze des Bundeshaushalts mit keinem Zuwachs gerechnet werden.

Bei Staatseinnahmen, die kaum stärker steigen als das nominale Bruttosozialprodukt — wobei die Einnahmen an Steuern im Zuwachs sogar niedriger veranschlagt werden müssen als das gesamtwirtschaftliche Entwicklungstempo —, ist eine nochmalige Vergrößerung der staatlichen Nettoverschuldung Voraussetzung für eine Expansion der öffentlichen Investitionen, wie sie in die Prognose zur Gewährleistung der vorausgeschätzten Wirtschaftsentwicklung eingesetzt worden ist.

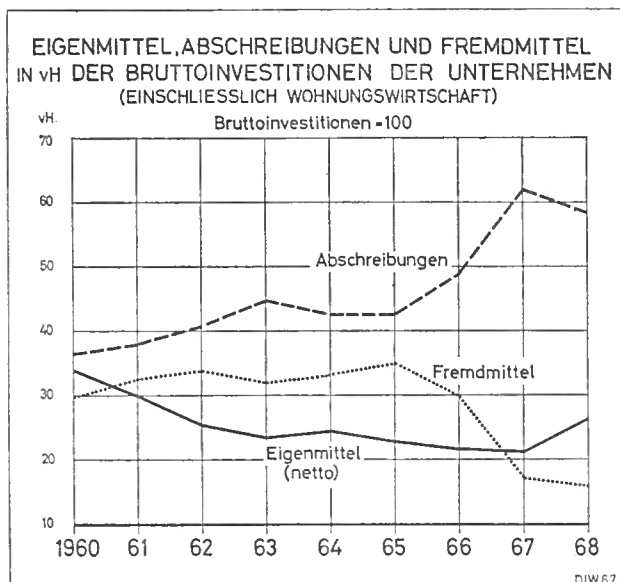
Vor allem unter dem Einfluß stark steigender öffentlicher Investitionen, die zu einem erheblichen Teil der Bauwirtschaft zugute kommen, werden auch die gesamten Bauinvestitionen nach dem scharfen Rückgang des Jahres 1967 wieder steigen. Der Zuwachs ist für 1968 auf reichlich 5 vH geschätzt worden; damit würde jedoch das Niveau von 1966 noch nicht wieder erreicht werden. Der verbleibende Rückstand ist vor allem auf die gewerblichen Bauinvestitionen zurückzuführen. Da Kapazitätserweiterungen als Investitionsmotiv im gewerblichen Sektor auch im kommenden Jahr nur geringe Bedeutung haben werden, kann hier allenfalls mit

Die Verwendung des Sozialprodukts 1966—1968¹⁾

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

	Mrd. DM								Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1966	1967	1968	1967		1968			1966	1967	1968	1967		1968		
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Verbrauch	348,6	357,0	365,9	171,2	185,8	174,8	191,1	7,4	2,4	2,5	3,8	1,2	2,1	2,9		
privat	273,0	276,5	281,9	133,2	143,3	135,2	146,7	7,0	1,3	2,0	2,6	0,1	1,5	2,4		
öffentlich	75,6	80,5	84,0	38,0	42,5	39,6	44,4	8,6	6,5	4,3	8,3	4,9	4,2	4,5		
Bruttoinvestitionen	123,2	104,4	117,1	49,0	55,4	55,2	61,9	-2,8	-15,3	12,2	-21,5	- 8,9	12,7	11,7		
Bauten	64,3	57,6	60,7	26,4	31,2	27,6	33,1	5,9	-10,4	5,4	-10,8	-10,0	4,5	6,0		
Ausrüstungen	57,6	50,3	52,9	24,6	25,7	25,1	27,8	-0,7	-12,7	5,2	-15,2	-10,0	2,0	8,0		
Vorräte	1,3	-3,5	3,5	-2,0	-1,5	2,5	1,0	.	.	.	.	.	.	.		
Außenbeitrag	6,5	16,3	17,6	8,2	8,1	9,0	8,6	.	.	.	.	.	.	.		
Ausfuhr	103,0	110,7	118,3	53,9	56,8	57,2	61,1	13,0	7,5	6,9	10,4	4,9	6,1	7,6		
Einfuhr	96,5	94,4	100,7	45,7	48,7	48,2	52,5	5,0	-2,2	6,7	-3,9	-0,5	5,5	7,8		
Bruttosozialprodukt, nominal	478,3	477,7	500,6	228,4	249,3	239,0	261,6	6,1	-0,1	4,8	-0,1	-0,1	4,6	4,9		
Deflationierungsfaktor ²⁾ . .	144,1	145,3	148,3	144,5	146,1	146,9	149,6	3,7	0,8	2,1	1,4	0,3	1,7	2,4		
Bruttosozialprodukt, real ²⁾ .	331,9	328,7	337,6	158,0	170,7	162,7	174,9	2,4	-1,0	2,7	-1,6	-0,4	3,0	2,5		
Arbeitsvolumen	.	.	.	.	.	.	.	-1,2	-4,3	-1,6	-4,0	-4,5	-1,8	-1,2		
Produktivität	.	.	.	.	.	.	.	3,6	3,3	4,4	2,4	4,1	4,9	3,7		

¹⁾ 1966 und erstes Halbjahr 1967 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. — ²⁾ 1954 = 100.



einer leichten Anhebung des Niveaus der Bauinvestitionen gerechnet werden.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen hat sich — konjunkturrell betrachtet — der Rückgang bereits im zweiten Halbjahr 1967 nicht mehr fortgesetzt; im Vorjahresvergleich verblieb jedoch auch in dieser Zeit eine erhebliche Schrumpfrate von 10 vH. 1968 werden auch die privaten Investitionen wieder steigen. Die Ausgaben für Ausrüstungen werden unter dieser Voraussetzung nominal um etwa 5 vH größer sein als in diesem Jahr.

Brutto-Anlageinvestitionen 1965 bis 1968
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

	1965	1966	1967		1968	
			ohne	einschl.	ohne	einschl.
			zusätzliche Investitionshaushalte			
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen						
Industrie	24,5	24,9	20,2	20,6	65,6	21,5
Verkehr u. Nach- richtenübermittlg.	8,3	7,8	7,1	8,4		8,9
Übrige Wirtschafts- bereiche ¹⁾	40,9	42,2	34,9	35,2		35,7
Wohnungsvermie- tung	25,5	27,0	24,4	25,0	24,0	25,5
Staat	19,5	20,0	17,1	18,7	17,8	22,0
Brutto-Anlage- investitionen . .	118,7	121,9	103,7	107,9	107,4	113,6
Zuwachsraten in vH ²⁾						
Industrie	·	1,5	—19	—17	5,5	4,5
Verkehr u. Nach- richtenübermittlg.	·	—6	—9	7,5		6
Übrige Wirtschafts- bereiche ¹⁾	·	3	—17	—16,5		1,5
Wohnungsvermie- tung	·	6	—9,5	—7,5	—1,5	2
Staat	·	2,5	—14,5	—6,5	4	17,5
Brutto-Anlage- investitionen . .	·	2,5	—15	—11,5	3,5	5,5

¹⁾ Ohne Wohnungsvermietung. — ²⁾ Die Zuwachsraten für 1968 beziehen sich für die Zahlen ohne zusätzliche Investitionshaushalte auch auf die entsprechenden Zahlen ohne zusätzliche Investitionshaushalte in 1967.

Der stärkste Einfluß auf die volkswirtschaftlichen Investitionsausgaben wird aller Voraussicht nach von der Lagerbewegung ausgehen. Der Phase des Lagerabbaus wird 1968 eine Aufstockung der Vorräte folgen; bessere Produktions- und Absatzerwartungen sowie der Fortfall steuerlicher Gründe, die den Lagerabbau dieses Jahres mitbestimmt haben, sind als Impulse gleichermaßen von Bedeutung. Die Zuwachsrate der volkswirtschaftlichen Bruttoinvestitionen wird einschließlich der Vorratsinvestitionen mit 12 vH wesentlich größer sein als die der Brutto-Anlageinvestitionen allein. Dennoch wird die Quote der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt im Vergleich zu früheren Jahren niedrig bleiben. Sie hatte 1965 28 vH betragen; bis 1967 ist sie auf knapp 22 vH zurückgefallen und wird 1968 nur leicht steigen. Aus dieser Abschwächung werden die Folgen des wirtschaftlichen Rückschlags der letzten 18 Monate besonders deutlich, Konsequenzen, die nicht ohne Einfluß auf die längerfristigen Wachstumschancen der Bundesrepublik sein werden.

Industrie

Nachdem im ersten Halbjahr 1967 die Industrieproduktion (kalendermonatlich, einschließlich Berlin-West) um 5,3 vH unter Vorjahrsniveau geblieben war, hat sich der Abstand gegenüber der jeweiligen Vorjahrszeit im dritten Quartal auf 3,6 vH verringert. Diese Entwicklung ist mehr auf die rasche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Verlauf des zweiten Halbjahres 1966 als auf die gegenwärtige leichte konjunkturelle Besserung zurückzuführen. Für das ganze Jahr 1967 ist ein Rückgang der industriellen Produktion um knapp 4 vH zu erwarten.

Zum ersten Male in der Nachkriegszeit haben damit die konjunkturellen Schwankungen der Nachfrage ein solches Ausmaß angenommen, daß die Industrieproduktion nicht nur — wie bisher in einzelnen Jahren — stark verlangsamt wuchs, sondern absolut zurückging.

Während beim Bergbau, insbesondere im Bereich des Kohlenbergbaus, die jahrelange Schrumpfung der Förderung anhält, ist es in den Investitionsgüterindustrien zu einer scharfen Rezession gekommen, die ohne Ausnahme alle Branchen erfaßte, sogar die bis in die jüngste Vergangenheit hinein als ausgesprochene Wachstumsbranche geltende Elektrotechnische Industrie und — in besonderem Maße — den Fahrzeugbau, der seine Produktion zeitweise um ein Viertel drosselte.

Bei nur noch geringfügig wachsenden Lohnsätzen sank die Nachfrage der privaten Haushalte nach traditionellen Verbrauchsgütern ebenfalls. Besonders betroffen wurde der Leder-, Bekleidungs- und Textilsektor, jedoch auch bei der Feinkeramischen und Glasindustrie, sowie in der Holz- und Papierverarbeitenden Industrie kam es zu mehr oder weniger starken Produktionsrückgängen. Lediglich die Kunststoffverarbeitende Industrie wird 1967 ein

— im Vergleich zu den Vorjahren allerdings nur sehr schwaches — Wachstum erreichen, während die Druckereien, falls sich ihre Absatzsituation in den letzten Monaten dieses Jahres noch etwas bessert, die Produktion des Vorjahres vielleicht gerade wieder erreichen werden.

Im Vergleich dazu wird die Nahrungs- und Genußmittelindustrie günstig abschneiden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß sich innerhalb des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes eine ständige Substitution von handwerklichen durch industrielle Produktionsmethoden vollzieht. Überdies begünstigten im Jahre 1967 die gute Ernte und die warme Witterung die Produktion der Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien werden im ganzen trotz scharfer Rückgänge bei einzelnen Zweigen im Verlauf des Jahres 1967 nicht ins Minus kommen. Dies liegt daran, daß die Chemische Industrie und — seit Juni durch die Sperrung des Suezkanals deutlich abgeschwächt — die Mineralölverarbeitung nach wie vor hohe Produktionswachstumsraten erzielen. Hinzu kommt, daß die Produktion der Eisenschaffenden Industrie in der ersten Hälfte 1967 konjunkturell wieder kräftig anstieg und in den letzten Monaten die Vorjahresergebnisse mehr und mehr übertraf. Zu dieser Entwicklung hat allerdings weniger die inländische Nachfrage beigetragen als verschiedene Sonderbewegungen auf den Auslandsmärkten, nicht zuletzt der Vietnam-Krieg.

Trotz scharf rückläufiger Investitionsentwicklung ist das Anlagevermögen der Industrie auch 1967 weiterhin gewachsen; die Produktionskapazität nahm um etwa 5 vH zu. Bei rückläufiger Produktion und steigender Kapazität ergab sich eine nochmalige rapide Verschlechterung der Anlagenauslastung. Um die Mitte des Jahres war sie auf den geringsten Stand seit 1949 gesunken.

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen wird im Durchschnitt des Jahres 1967 voraussichtlich um mehr als 6 vH unter der des Jahres 1966 liegen. Bei den Arbeitern wird der Abstand zum Vorjahr wahrscheinlich mehr als 8 vH, bei den geleisteten Arbeiterstunden sogar mehr als 10 vH betragen. Das Arbeitsvolumen, d. h. die Summe der von allen Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden, wird 1967 zwischen 8 und 9 vH niedriger sein als im Vorjahr. Dieser scharfen Reduktion entspricht eine eindrucksvolle Steigerung der Arbeitsproduktivität, die je Arbeitsvolumeneinheit im Durchschnitt des Jahres 1967 den Vorjahrsstand um reichlich 6 vH übertreffen wird. Je geleistete Arbeiterstunde ist ein Wachstum der Produktivität von mehr als 8 vH zu erreichen, d. h. fast dieselbe Wachstumsintensität, wie sie 1958/60 und 1963/64 — damals allerdings bei ganz anderer konjunktureller Lage — erzielt worden war.

Die industrielle Produktion wird im Jahre 1968 das Volumen von 1967 um voraussichtlich 4 vH übertreffen, wobei besonders große positive Zuwachsraten beim Fahrzeugbau (Reaktion auf den Rückgang 1967), bei der Chemischen Industrie, beim Schiffbau (Großtankerbau), bei der Kautschukverarbeitung (Reifenproduktion) und bei der Mineralölverarbeitung (Reaktion auf die seit Mitte 1967 durch die Sperrung des Suezkanals bedingten Produktionsausfälle) erhofft werden dürfen. Auch die übrigen Investitionsgüterindustrien und die Eisenschaffende Industrie werden ihre Produktion erhöhen, jedoch voraussichtlich das 1966 erreichte Niveau auch 1968 nur in einigen Fällen wieder übertreffen.

Die Verbrauchsgüterindustrien werden 1968 nur ein unterdurchschnittliches Wachstum erreichen können, da die geringe Expansion des privaten Verbrauchs kaum zu Mehrnachfrage nach Gütern dieses Bereichs führen wird. Nur wenige Branchen werden den 1966 erreichten Produktionsstand übertreffen.

Die Investitionstätigkeit der Industrie wird 1968, nach dem scharfen Rückgang von 1967, wieder — allerdings nur leicht — zunehmen. Sieht man vom Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrien ab, die in den letzten Jahren ihre Investitionen Jahr für Jahr jeweils um einige vH erhöhten, so wird in keinem der großen Industriebereiche 1968 der bisherige Investitionshöchststand von 1965 auch nur annähernd wieder erreicht werden.

Bezogen auf das Nettoproduktionsvolumen wird die Investitionsquote 1968 sogar eher weiterhin sinken, da die Neigung, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, nach wie vor außerordentlich schwach entwickelt ist. Die Verringerung der Investitionsquote führt zu einer anhaltenden Verringerung der Zuwachsrate des Brutto-Anlagevermögens und — bei weiterhin aus technologischen Gründen leicht sinkender Kapitalproduktivität — zu einer noch stärkeren Verringerung der Zuwachsrate der Produktionskapazität. Nahmen industrielles Brutto-Anlagevermögen und Kapazitäten 1965 noch um 7 vH zu, so ist für 1968 eine Steigerung des Anlagevermögens um weniger als 5 vH, der Produktionskapazität um reichlich 4 vH zu erwarten.

Die dieser Prognose zugrunde gelegte Entwicklung der Gesamtnachfrage gewährt bei weiteren kräftigen Steigerungen der Produktivität nur wenig Möglichkeiten zu einer Erhöhung des Beschäftigtenstandes im Bereich der Industrie. Im Durchschnitt des Jahres ist aber auf jeden Fall ein Rückgang der in der Industrie beschäftigten Arbeiter gegenüber 1967 zu erwarten.

Die Auslastung der industriellen Kapazitäten wird sich auch 1968 nach der rapiden Verschlechterung der letzten beiden Jahre nicht verbessern, sondern sie wird auf dem nunmehr erreichten extrem niedrigen Stand verharren. Impulse für Erweiterungsinvestitionen sind jedenfalls von dieser

Seite nicht zu erwarten. Auch die anhaltende Steigerung der industriellen Exporte wird im kommenden Jahr ebenso wenig wie 1967 ausreichen, das industrielle Investitionsklima grundlegend zu verändern.

Einkommensverteilung

Der bisherige Rückgang der Investitionsquote wie auch der für 1968 erwartete leichte Wiederanstieg spiegeln sich in der Entwicklung der Einkommensstruktur wider. Waren 1967 die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am stärksten geschrumpft (— 3 vH; 1. Hj. 1967: — 5,5 vH), so werden sie im Zuge einer Neubelebung der Wirtschaftstätigkeit nun die stärkste Zunahme aufweisen (+ 10 vH). Ihre Entwicklung wird sich damit vor allem in der Anfangsphase des Aufschwungs von derjenigen der Bruttoeinkommen der Unselbständigen unterscheiden; die Zuwachsraten der Lohneinkommen haben in der Abschwächungsperiode später nachgelassen und werden im Aufschwung ebenfalls mit Verspätung wieder steigen. Ein time lag beeinflußt auch die Entwicklung von Brutto- und Nettogewinnen. Tendenzänderungen berühren zunächst die Steuerzahlung aus Gewinnen nur wenig. Im Aufschwung wachsen also die Nettogewinne rascher als die Bruttobeträge und diese stärker als die Lohneinkommen. Auch in der Gesamtstruktur von Brutto- und Nettoeinkommensverteilung kommen diese Unterschiede — vor allem im ersten Halbjahr 1968 — deutlich zum Ausdruck.

Für die Nettolöhne und -gehälter wird im Jahre 1968 eine Zunahme von 1 vH, für die Individuallöhne von 2,5 vH vorausgeschätzt. Für die Summe der Nettogewinne ergibt sich dagegen eine Zunahme um 13 bis 14 vH.

Damit holen die Residualeinkommen den Anteilsverlust (bezogen auf das Netto-sozialprodukt) wieder auf, der zwischen 1965 und 1967 eingetreten ist. Besonders ausgeprägt wird die Verbesserung bei den unverteilt Gewinnen sein; die vorausgeschätzte Erhöhung um die Hälfte drückt aber auch für diesen Teil nichts anderes aus als die Reaktion auf den vor-

ausgegangenen überproportionalen Rückgang. Verglichen mit 1965 wird sich 1968 wieder ein ebenso hoher Anteil der unverteilt Gewinne am Brutto-sozialprodukt ergeben.

Von diesen Grundbewegungen wird auch die Entwicklung der verfügbaren Einkommen in den einzelnen Bereichen bestimmt werden. Den privaten Haushalten werden 1968 etwa 3 vH mehr an Nettoeinkommen zur Verfügung stehen als im Vorjahr. Im Unternehmensbereich wird das für die Finanzierung der Sachvermögensbildung und zur Konsolidierung kurzfristiger Verschuldung verfügbare Einkommen (einschließlich Abschreibungen) um 13 vH steigen. Der Staat wird nach der Schrumpfung seines verfügbaren Einkommens im Vorjahr wieder einen Zuwachs erzielen können; dieser wird jedoch nicht ausreichen, die Mehrausgaben für Verbrauch und die hier prognostizierten Investitionen zu decken. Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zusammengenommen werden sich also eher noch stärker als 1967 neu verschulden müssen.

Arbeitsmarkt

Die gegenwärtig partiell zu beobachtenden Expansionskräfte werden die Lage am Arbeitsmarkt in nächster Zeit kaum wesentlich ändern. Wenn auch die Gefahr eines weiteren Rückgangs von Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer im Verlauf des dritten Quartals 1967 zunächst gebannt ist, so wird doch das ungünstige Lohnklima, Folge der bisher geringen Nachfrage nach Arbeitskräften, noch für geraume Zeit vorherrschen. Die jüngsten Ergebnisse der durch Vermittlung der Bundesregierung zum Abschluß gebrachten Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Nordwürttembergs-Nordbadens bestätigen dies.

Nach den außerordentlich umfangreichen Entlassungen der Bauwirtschaft bis zum Frühjahr 1967 sind hier nach Wirksamwerden der staatlichen Konjunkturprogramme wieder Neueinstellungen vorgenommen worden. Werden die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung ausgeschöpft, so würde der gegenwärtige Beschäftigtenstand ausreichen, das für 1968 erwartete Bauvolumen zu produzieren.

Verfügbare Einkommen 1966 bis 1968¹⁾

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

	Mrd. DM							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1966	1967	1968	1967		1968		1966	1967	1968	1967		1968		
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Private Haushalte	304,6	309,9	318,6	148,9	161,0	152,8	165,8	5,8	1,7	2,8	2,9	0,7	2,6	3,0	
darunter:															
Nettolöhne u. -gehälter . .	178,4	175,6	177,3	86,8	88,8	86,9	90,4	6,1	— 1,6	1,0	0,1	— 3,2	0,1	1,8	
Staat ²⁾	95,8	92,1	96,3	44,0	48,1	44,5	51,8	9,2	— 3,9	4,6	— 6,6	— 1,2	1,1	7,7	
Unternehmen ²⁾	71,8	70,3	79,4	32,7	37,6	38,5	40,9	3,8	— 2,1	12,9	— 3,3	— 1,1	17,7	8,8	
Ausland (Nettoübertragung.)	6,1	5,4	6,3	2,8	2,6	3,2	3,1	7,0	— 11,5	16,7	— 9,7	— 13,3	14,3	19,2	
Bruttosozialprodukt	478,3	477,7	500,6	228,4	249,3	239,0	261,6	6,1	— 0,1	4,8	— 0,1	— 0,1	4,6	4,9	
Abschreibungen	52,2	55,1	57,8	27,1	28,0	28,5	29,3	10,9	5,6	4,9	5,9	5,3	5,2	4,6	
Nettosozialprodukt	426,1	422,6	442,8	201,3	221,3	210,5	232,3	5,6	— 0,8	4,8	— 0,9	— 0,8	4,6	5,0	
1) 1966 und erstes Halbjahr 1967 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 2) Einschl. Abschreibungen.															

¹⁾ 1966 und erstes Halbjahr 1967 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. — ²⁾ Einschl. Abschreibungen.

Wenig spricht auch dafür, daß sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere in der Industrie, nennenswert belebt. Zunächst ist zu befürchten, daß im Saisontief des kommenden Winters selbst bei nicht allzu ungünstiger Witterung die Zahl der Arbeitslosen nochmals auf über eine halbe Million steigt. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1968 wird der Beschäftigtenstand günstigenfalls noch um 2 vH unter dem vergleichbaren Vorjahrsniveau liegen. Erst im Spätsommer nächsten Jahres kann damit gerechnet werden, daß die Beschäftigung ihren Vorjahrsstand wieder erreicht.

Aufgrund der zunächst nur recht schwachen Belegung am Arbeitsmarkt wie auch der weiterhin geringen tariflichen Lohnaktivität werden die gesamten Lohn- und Gehaltszahlungen, wie bereits erwähnt, erst von der Jahresmitte 1968 an stärker steigen.

Entwicklung der Verbrauchsstruktur

Bei der geringen Expansion der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte kann auch für 1968 nicht mit einer wesentlichen Belebung der Konsumgüternachfrage gerechnet werden. Von der Ausgabenerhöhung um 5 bis 6 Mrd. DM wird mehr als die Hälfte für erhöhte Mieten einschließlich der Energiekosten aufzuwenden sein. Der seit Jahren beobachtete Trend einer überproportionalen Steigerung dieses Ausgabenbereichs hält trotz des geringeren Neuzugangs an Wohnungen an, da weiterhin mit Mieterhöhungen vor allem im sozialen Wohnungsbau zu rechnen ist. Außerdem wird der ebenfalls relativ unelastische Bedarf an Nahrungs- und Genußmitteln einen Mehraufwand von 1 Mrd. DM (+ 1 vH) erfordern. Angesichts der möglichen Preissteigerungen bei Milchprodukten, Fleisch und einigen anderen Nahrungsmitteln im Rahmen der EWG-Vereinbarungen dürfte bei dieser Kalkulation der Spielraum für Veränderungen des Verbrauchsvolumens gering sein, auch wenn das veränderte Steuersystem hier zu einigen Preisminierungen führen sollte. — Für die übrigen Güter und Dienste würde damit ein Mehrbetrag von etwa 1,5 Mrd. DM (rund 1 vH des Ausgabe volumens von 1967) zur Verfügung stehen. Vergewärtigt man sich, daß innerhalb dieser Restgruppe 1967 rund 40 Mrd. DM für Dienstleistungen ausgegeben werden, deren Preise 1968 aber durch die Mehrwertsteuer besonders belastet werden, während mit einem nennenswerten Nachfragerückgang kaum zu rechnen sein dürfte, so wird deutlich, daß die Verbraucher ihre Güternachfrage nur unbedeutend steigern können. Absatzerhöhungen sind hier vor allem bei Verlagerungen der Nachfrage innerhalb der verschiedenen Gütergruppen möglich.

Zur Preisentwicklung

Die Projektion der volkswirtschaftlichen Nachfrageentwicklung schließt für das kommende Jahr

die Gefahr konjunkturell bedingter Preiserhöhungen aus. Die technischen Kapazitäten und das verfügbare Arbeitskräftepotential sind entweder groß oder anpassungsfähig genug, eine Mehrnachfrage im hier umrissenen Ausmaß ohne Mühe zu bedienen. Die 1967 registrierten konjunkturellen Preissenkungen werden sich bei einer insgesamt verbesserten Situation jedoch nicht fortsetzen.

Andere als konjunkturelle Gründe sprechen indessen doch für eine stärkere Anhebung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus als in diesem Jahr. Im Bereich der Ernährung und des Wohnungswesens werden aufgrund administrativer Maßnahmen Verteuerungen eintreten. Darüber hinaus bringt die Einführung der Mehrwertsteuer überall dort Preiserhöhungen, wo die Steuerbelastung steigt, während sich abnehmende Belastungsquoten an anderer Stelle wohl kaum in ausgleichenden Preissenkungen niederschlagen werden.

Ein Anstieg des Deflationierungsfaktors des Brutto sozialprodukts von + 0,8 vH im Jahre 1967 (und nur + 0,3 vH im zweiten Halbjahr 1967) auf + 2 vH im kommenden Jahr ist aus diesen Gründen keineswegs ein Signal für eine neuerlich drohende „Instabilität“ und darf demzufolge auch nicht zum Anlaß genommen werden, die expansiv ausgelegte Wirtschaftspolitik zu revidieren.

Längerfristige Investitionsaussichten

Das zurückhaltende Urteil über die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft, wie es in dieser Prognose zum Ausdruck kommt, gründet sich auch auf die sich längerfristig abzeichnenden Tendenzen der Nachfrage. Es ist zur Zeit nicht zu erkennen, welche autonomen Nachfragekräfte über das Jahr 1968 hinaus eine expansive Wirtschaftsentwicklung tragen sollen. Im Gegenteil: Schon jetzt ist abzusehen, daß wichtige Nachfragefaktoren wieder an Kraft verlieren werden:

1. Es ist zu befürchten, daß die *öffentlichen Haushalte*, orientiert an den Zielen der mittelfristigen Finanzplanung, ihre Ausgabenplanungen für 1969 nicht an den effektiven Ausgaben, sondern an den Kernhaushalten des nächsten Jahres ausrichten werden. Damit würde das Investitionsniveau von 1968, in dem allein rund 4 Mrd. D-Mark an öffentlichen Investitionen aus den zusätzlichen Investitionshaushalten produktionswirksam werden, wieder um 2 bis 3 Mrd. DM unterschritten werden.
2. In der *Wohnungswirtschaft*, von deren Investitionstätigkeit 1968 ebenfalls 1 bis 2 Mrd. DM auf die Förderung aus Mitteln der zusätzlichen Investitionshaushalte entfallen dürften, werden die längerfristigen Trendfaktoren wieder an Bedeutung gewinnen, die kaum mehr als stagnierende Investitionen erwarten lassen. Auch das gegenwärtig und wohl auch in Zukunft hohe Zinsniveau rechtfertigt diese Skepsis.

3. Zudem kann nicht damit gerechnet werden, daß der *Außenbeitrag* weiterhin die Größenordnung der Jahre 1967/68 erreicht.
4. Die *Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte* vermögen diese Abschwächung der Nachfragefaktoren allein nicht wettzumachen. Stagniert die Nachfrage in den übrigen Verwendungsbereichen, so können die Verbrauchsausgaben nur expandieren, wenn die Lohnquote erheblich steigt — es sei denn, der Verbrauchszuwachs würde allein aus rasch zunehmenden Transfer-einkommen gespeist. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Unter diesen Umständen würde nur dann die Investitionsbereitschaft nicht negativ beeinflußt werden, wenn die Unternehmer bereit wären, wieder ungünstigere Bedingungen für eine Selbstfinanzierung ihrer Investitionen hinzunehmen.

Aus diesem Zirkel vermag nur eine öffentliche Ausgabenplanung herauszuführen, bei der beachtet wird, daß die übrigen Nachfragekräfte auch für längere Zeit nur dann ein befriedigendes Wirtschaftswachstum erwarten lassen, wenn entweder — die Nachfrage der öffentlichen Haushalte auf der Basis des schon erhöhten Ausgabenniveaus im Jahre 1968 weiterhin kräftiger expandiert als den Absichten der mittelfristigen Finanzplanung entspricht, oder aber — durch bewußte Einnahmeverzichte eine stärker expandierende Nachfrage in anderen Verwendungsbereichen ermöglicht wird.

Nur dann wird es gelingen, die Voraussetzungen sowohl von der Nachfrage als auch von den Finanzierungsbedingungen her zu schaffen, die eine *nachhaltige* Belebung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft bewirken können.

Der nächste Wochenbericht erscheint am Freitag, dem 24. November 1967.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,
Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand	Ge- biet	Einheit	1966					1967									
			August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	
Anzahl der Arbeitstage			23,7	22,8	22,0	21,4	21,8	22,5	20,8	21,8	21,0	20,2	22,6	22,0	23,7	22,0	
Industrie-Auftragseingang ¹⁾²⁾	BRD*)	1954 = 100	D	241	272	272	260	240	227	230	265	249	254	269	243	241	276
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind.	"	"	"	234	236	234	233	222	216	218	251	222	236	259	240	236	247
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	301	342	336	322	312	279	284	319	302	309	337	307	298	342
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	168	230	240	215	164	170	173	209	216	204	192	159	168	225
Industrie-Umsatz ³⁾	BRD	Mill. DM	S	31255	34938	33702	33191	32799	29085	28317	31394	30588	299978	32311	30345	30040	.
davon: Inlandsumsatz	"	"	"	26034	28996	27959	27252	26247	23559	22800	25494	24791	24278	25962	24805	24773	.
Auslandsumsatz	"	"	"	5222	5942	5743	5938	6553	5525	5517	5900	5797	5700	6349	5539	5266	.
Netto-Produktionsindex ⁴⁾	BRDx)	1958 = 100	D	141,6	162,1	165,8	169,2	156,3	144,4	149,0	152,7	157,7	157,7	156,7	149,5	138,4	157,3
Industrie insgesamt	"	"	"	92,1	95,6	96,5	98,7	95,2	97,6	96,5	92,1	93,9	89,4	91,2	89,3	86,5	91,7
Bergbau	"	"	"	179,3	189,4	188,5	189,2	170,6	171,1	180,6	185,3	194,7	194,0	198,3	190,7	182,5	192,8
Grundstoff- u. Prod.-Güter-Ind.	"	"	"	129,9	161,5	164,9	169,6	163,4	140,4	143,3	145,6	150,7	152,8	148,1	137,5	119,7	150,2
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	129,4	165,1	168,9	170,1	147,8	143,4	148,7	152,5	154,1	146,0	142,0	139,3	126,3	152,6
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	129,9	136,8	148,9	154,6	142,1	120,1	126,3	132,8	134,0	143,9	137,6	138,9	132,9	140,4
Nahrungs- u. Genussmittel-Ind.	"	"	"	148,4	174,4	190,1	213,3	209,6	206,0	197,8	188,8	192,0	174,4	166,6	162,7	156,6	181,6
Energieversorgungsbetriebe	"	"	"	169,1	179,6	178,5	171,4	154,2	102,9	106,8	138,2	150,6	169,1	157,1	158,0	147,8	159,9
Bauhauptgewerbe	"	"	"														
Brutto-Produktionsindex ⁴⁾	BRDx)	1958 = 100	D	122,5	145,4	148,9	155,4	164,5	126,8	133,1	138,3	142,4	144,8	143,0	129,8	113,8	135,9
Investitionsgüter (ohne Pkw)	"	"	"	129,4	169,4	174,6	175,4	148,9	149,9	156,3	157,0	160,1	150,8	148,6	144,0	129,2	159,2
Verbrauchsgüter (ohne Pkw)	"	"	"														
Produktion	BRD	Mill. kWh	S	13098	14347	15761	16404	16529	16521	14557	15288	14757	13794	13833	13336	13524	.
Elektrizitätserzeugung ⁵⁾	"	"	"	10260	10341	9782	10359	10158	10622	9546	9464	9199	8080	9384	8966	9186	9131
Steinkohle ⁶⁾	"	1000 t	"	2864	2719	2777	2730	2727	2783	2465	2658	2486	2542	2501	2545	2535	2488
Koks	"	"	"	7992	8724	8833	8673	8223	8077	6813	7142	7769	7539	7944	7725	7691	8490
Braunkohle, roh	"	"	"	664	643	674	653	673	667	602	673	654	673	651	678	675	654
Erdölförderung	"	"	"	181	180	249	302	311	328	288	290	254	264	277	256	247	287
Erdgasförderung	"	"	"	954	901	870	890	963	883	861	938	839	886	853	933	936	870
Benzin	"	"	"	3378	3411	3410	3730	4118	4314	3709	3854	3628	3730	3472	2940	3362	3458
Heizölzerz. (einschl. Eigenverbr.)	"	"	"	10089	10823	9893	8288	5638	2820	3355	5388	6806	7613	9148	9329	10130	9677
Natursteine	"	"	"	3389	3393	3469	2667	1898	1349	1723	2572	3049	2897	3141	3250	3097	3242
Zement	"	"	"	957	1011	955	808	655	661	684	879	928	869	879	887	949	967
Gebrannter Kalk ⁷⁾	"	"	"	1495	1443	1369	1272	984	624	545	814	1121	1198	1299	1277	1292	1180
Mauerziegel	"	1000 cbm	"	53338	53532	52378	49973	48428	42033	38072	42322	44529	47250	51717	50408	50627	50406
Dachziegel	"	1000 Stck.	"	4496	4595	4260	3923	2789	2728	3259	3857	3678	3335	4088	3876	3778	3759
Isolier- und Leichtbauplatten ⁸⁾	"	1000 qm	"	807	801	779	757	636	708	552	736	725	686	725	704	731	721
Eisenerz	"	1000 t	"	2198	2034	2026	1989	1867	2113	2067	2260	2351	2264	2332	2408	2411	2325
Roheisen u. Hochofenferroleg.	"	"	"	2992	2780	2765	2698	2402	2871	2804	2965	3109	2926	3140	3151	3121	3041
Stahlrohblöcke und -brammen	"	"	"	2075	2092	1923	1828	1738	1948	1891	2073	2130	1980	2205	2090	2126	2202
Walzstahl	"	"	"	20573	20026	20705	20141	20791	20447	18933	21586	20915	21467	20998	21533	21685	20877
Hüttenaluminium (Elektrolyse)	"	t	"	21496	20974	20800	20597	21290	21002	19355	21303	20771	21706	22145	22692	23049	23177
Elektrolytkupfer	"	"	"	14830	14105	13922	14698	16029	14510	12196	7206	12218	12687	11396	12624	12102	11453
Rohzink ⁹⁾	"	"	"	18725	18851	19664	25414	24527	23370	22493	24361	25890	23782	24528	20440	22421	25353
Hüttenblei	"	"	"	265	268	270	262	284	281	246	269	264	268	249	260	238	232
Schwefelsäure (SO ₃ Inh.)	"	1000 t	"	104,8	92,5	102,2	93,9	99,6	89,0	87,3	97,6	93,2	94,9	88,2	96,7	94,7	98,7
Soda (Na ₂ CO ₃ Inh.)	"	"	"	103,9	104,1	108,1	108,5	111,7	114,5	106,3	114,4	110,7	114,9	112,2	120,1	119,3	110,8
Chlor (Primärproduktion)	"	"	"	122,7	117,6	123,4	126,0	124,1	132,1	123,9	132,5	127,9	128,5	121,5	129,5	132,4	130,8
Stickstoff-Düngemittel (N Inh.)	"	"	"	85,3	79,1	83,2	74,8	67,6	71,8	70,8	78,0	77,9	86,7	90,7	91,2	90,0	83,6
Phosphat-Düngemittel (P ₂ O ₅ Inh.)	"	"	"	190,4	192,5	204,2	205,1	197,7	206,9	199,7	222,1	215,7	217,9	225,9	214,4	212,8	218,4
Kunststoffe	"	"	"	12,6	17,6	19,2	18,2	14,9	16,8	14,8	17,2	16,3	15,7	15,3	14,0	9,6	13,4
Zellwolle	"	"	"	6,6	6,4	6,8	6,6	5,8	6,3	5,7	5,2	5,3	5,2	5,5	5,2	5,2	5,3
Reyon	"	"	"	17,3	16,9	17,5	18,0	18,3	18,9	17,8	20,0	20,4	21,6	21,0	20,2	19,9	20,1
Synthetische Fasern	"	"	"	373,2	369,0	370,9	362,4	329,8	361,2	342,8	347,8	370,9	343,3	376,8	373,1	374,4	376,5
Papier und Pappe	"	"	"	24741	27840	25587	28504	36732	22342	21867	25280	24537	21711	27710	23780	20829	22452
Metallbearbeitungsmaschinen ¹⁰⁾¹¹⁾	"	t	S	4050	5517	5039	4663	6803	6007	4394	5055	4539	4278	5093	5256	4062	5215
Masch. - u. Präzisionswerkzeuge	"	"	"	24286	23474	19439	18798	21295	16978	18998	25147	23599	24014	20711	22330	22738	34743
Masch. für die Bauwirtschaft ¹⁰⁾¹¹⁾	"	"	"	33991	47817	49700	48689	45393	45783	49410	51577	48530	44091	43415	33444	27568	34743
Landmasch. u. Ackerschlepper	"	"	"	2463	3910	3682	3797	4998	3485	3891	4120	4140	3902	3931	2933	2837	3705
Büromaschinen ¹⁰⁾¹¹⁾	"	"	"	8481	8743	9658	9795	10653	8968	9115	8692	9288	9291	8860	8850	7729	7465
Textilmaschinen ¹¹⁾	"	"	"	207083	265644	253786	240320	208559	199866	160239	166614	185382	194893	210568	133027	151111	236627
Personen- u. Kombiwagen ¹²⁾	"	Anzahl	"	17615	17497	16818	15789	14938	14814	14056	12472	14114	14466	14620	5824	12620	15176
Liefer- und Lastkraftwagen ¹²⁾	"	"	"	19519	22892	21135	21347	20999	19408	18811	20685	19101	19024	21277	19863		